Morgen-Ausgabe Nr. 78 Mittwoch, 16. Februar 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise B. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (19 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das Ergebnis der Aussprache Hitler-Schuschnigg

Enge Freundschaft zwischen Berlin und Wien

Sofortmaßnahmen beschlossen – Eine amtliche Erklärung

Berlin, 15. Februar.

Das Deutsche Nachrichtenbüro gibt soeben folgende amtliche Verlautbarung bekannt:

In der Aussprache, die am 12. Februar zwischen dem Führer und Reichskanzler und dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden stattgefunden hat, wurden alle Fragen der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich eingehender Erörterung unterzogen. Ziel dieser Aussprache war, die bei der Durchführung des Abkommens vom 11. Juli 1936 aufgetretenen Schwierigkeiten zu bereinigen. Es ergab sich Uebereinstimmung darüber, daß beide Teile an den Grundsätzen dieses Abkommens festzuhalten entschlossen sind und dasselbe als den Ausgangspunkt einer befriedigenden Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten betrachten.

In diesem Sinne haben nach der Unterredung vom 12. Februar 1938 beide Teile die sofortige Durchführung von Maßnahmen beschlossen, die gewährleisten, daß ein so enges und freundschaftliches Verhältnis der beiden Staaten zueinander hergestellt wird, wie es der Geschichte und dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes entspricht. Beide Staatsmänner sind der Ueberzeugung, daß die von ihnen beschlossenen Maßnahmen zugleich ein wirksamer Beitrag zur friedlichen Entwicklung der europäischen Lage sind.

Die österreichische Regierung hat ein gleichlautendes Kommuniqué ausgegeben.

Das Diplomatische Korps beim Führer

Berlin, 15. Februar.

Beim Führer und Reichskanzler fand am Dienstag zu Ehren des Diplomatischen Korps eine Abendtafel statt, an der mit ihren Damen sämtliche in Berlin beglaubigten Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger, die Reichsminister, die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile, die Staatssekretäre, der Reichsführer SS, der Stabschef der SA, der Korpsführer des NSKK und andere teilnahmen.

„Markstein in der Geschichte der deutschen Frage"

Glaise-Horstenau und v. Papen über die Begegnung auf dem Obersalzberg

Wien, 15. Februar.

In Wien fand am Dienstag die konstituierende Sitzung der in einen Verein umgewandelten Oesterreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft statt. Der Veranstaltung wohnten Bundesminister Glaise-Horstenau, Botschafter von Papen, Botschaftsrat von Stein sowie zahlreiche frühere Minister, Staatssekretäre und Vertreter des geistigen und wirtschaftlichen Lebens bei. Nachdem zunächst Geheimrat Gesandter a. D. Riedl an Stelle des zum Ehrenobmann einstimmig gewählten früheren Präsidenten Tilgner zum Vorsitzenden gewählt worden war, nahm unter starkem Beifall

Bundesminister Glaise-Horstenau

das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er überbrachte die Grüße der Bundesregierung und deutete es als ein gutes Vorzeichen, daß die Arbeitsgemeinschaft in neuer Form in einem geschichtlich bedeutsamen Augenblick ihre Tätigkeit wieder aufnehme.

Noch könne man sich über das Ausmaß der Begegnung der Führer der beiden deutschen Staaten kein genaues Urteil bilden, aber es sei, was auch das Weltecho beweise, eine Tat von größter Bedeutung, daß zwei Männer, die eine hohe Verantwortung für die Geschicke ihrer Staaten trügen, sich die Hände gereicht und Auge in Auge miteinander gesprochen hätten.

Stürmisch begrüßt dankte sodann

Botschafter von Papen

der Arbeitsgemeinschaft dafür, daß diese in den dreieinhalb Jahren seiner Wiener Tätigkeit immer besonderes Verständnis für seine Aufgaben gezeigt habe. „Wenn ich", so bemerkte Botschafter von Papen, „nach dem Befehl des Führers und Reichskanzlers in wenigen Tagen diesen Posten verlassen werde, so glaube ich, dies mit gutem Gewissen gegenüber meinem Auftraggeber und den Interessen des deutschen Volkes tun zu können. Mein Streben in dieser Zeit ist es gewesen, dem Gedanken der deutschen Einheit auf friedlichem Wege Raum zu verschaffen und zu verhindern, daß die Tragik der deutschen Geschichte um eine weitere Katastrophe vermehrt werde.

Der 11. Juli 1936 war ein Anfang. Und Sie werden sich erinnern, daß ich an dieser Stelle vor Jahresfrist die Ansicht ausgesprochen habe, dem Sturm über Oesterreich werde ein neuer Frühling folgen. Es dauert manchmal lange, bis der Frühling kommt, kommen aber wird er, auch in der deutschen Frage, so sicher, wie die Welt sich um ihre Achse dreht. Die am 12. Februar auf dem Obersalzberg stattgehabte Besprechung der beiden führenden Staatsmänner wird ein weiterer Markstein in der Geschichte der deutschen Frage sein.

Ich darf sagen, daß der Grundton von der tiefen geschichtlichen Verantwortung getragen war, die die deutsche Schicksalsfrage umgibt. Ein selbständiges Oesterreich kann seine Aufgaben nur sehen im Rahmen der gesamtdeutschen Entwicklung, und nur als Mitwirkender und Mitgestalter an dem Geschehen dieser Tage, an der Wiedererringung der Stellung und des geistigen Einflusses des Reiches im Abendlande. Ich darf mich der Hoffnung hingeben, daß das Ergebnis dieser Besprechung den Beginn einer neuen Aera der deutsch-österreichischen Beziehungen bedeutet und daß mit diesem von beiden Seiten loyal und aufrichtig gefaßten Beschluß auch dem europäischen Frieden am besten gedient ist."

Der neue Vorsitzende Riedl dankte dem scheidenden Botschafter von Papen für das der Arbeitsgemeinschaft stets bezeigte Interesse und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Begegnung auf dem Obersalzberg, an der Papen als Botschafter besonderen Anteil habe, sich glücklich für beide deutschen Staaten auswirken möge.

Das Tempo der Motoren

Ueber die Reichsautobahn fährt unser Wagen. Herrlich sind diese Straßen, die die Parole „Vorwärts" mit breiten Bändern in die Landschaft schreiben. Ueber zweitausend Kilometer von ihnen sind fertiggestellt, und in regelmäßigen Abschnitten werden immer neue Teilstrecken eröffnet. Unser Geschwindigkeitsmesser liegt ganz gleichmäßig auf einer hohen Zahl. Schweigend kosten wir das Fahrterlebnis aus. Wie die Bilder der Landschaft ständig wechseln, so wandern die Gedanken. Aber ihre Achse ist die Reichsautobahn. Noch wenige Tage, und in Berlin wird die Automobilausstellung eröffnet. Sie ist die sechste im nationalsozialistischen Staat. Wie war es doch damals: Als im November 1932 bekanntgegeben wurde, daß vom 11. bis 28. Februar 1933 wieder eine internationale Automobil- und Motorradausstellung ihre Pforten am Kaiserdamm öffnen sollte, begrüßte die Kraftfahrerwelt sie als einen Protest gegen die Verfehlungen, die von den Behörden dem Kraftverkehr und der Kraftwirtschaft gegenüber begangen wurden. Der Kraftverkehr war das Aschenbrödel der Gesetzgebung, und der Kraftfahrer der letzte Mann im Staate. Die Neuzulassungen von 1932 betrugen nur noch ein Drittel der von 1929. Im vorhergehenden Winter waren der Steuererfassung wegen 800 000 Kraftfahrzeuge stillgelegt worden, und im Juli, dem Höhepunkt der Fahrsaison, standen immer noch 182 000 Fahrzeuge, also ein Zehntel des Gesamtbestandes, in den Schuppen. Die Belastung mit Steuern und Zöllen wirkte wie eine Schlinge um den Hals. Gelegentlich der Eröffnung der Automobilausstellung wollte man der Regierung seine Anklagen entgegenschreien: „Die deutsche Automobilindustrie ist am Ende! Sie selbst hat Lebenswillen; sie kann schaffen und muß schaffen für unser Volk. Aber was nützt alle Tüchtigkeit: Wir bleiben zurück hinter dem gesamten Ausland. Wir stehen unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Nicht unsere Arbeiter sind schuld und unsere Ingenieure. Aber ihr mit euren Steuern und Zöllen, mit eurer Meinung, das Kraftfahrzeug sei ein Luxusgegenstand: ihr erdrosselt uns, ihr würgt uns ab!"

Es wurde kein flammender Protest. Seit anderthalb Wochen hatte Adolf Hitler die Macht übernommen. Ein Wahlkampf tobte durchs deutsche Land. Aber der neue Reichskanzler, überlastet mit anderen Aufgaben, fand Zeit, zu tun, was noch kein Kanzler vor ihm unternommen hatte: die Automobilausstellung selbst zu eröffnen. „Können wir", sagte der Präsident des Reichsverbandes der Automobilindustrie, aus der noch bestehenden Sorge jener Tage heraus in seiner Begrüßung, „in der Tatsache, daß der Reichskanzler inmitten seiner Minister hier erschienen ist, ein gutes Omen erblicken?" — Und Adolf Hitler nahm das Wort. Mit tiefster Sachkenntnis sprach ein Mann, der erkannt hatte, daß unser Zeitalter dem Motor gehört, und legte sein großzügiges und umfassendes Motorisierungsprogramm dar. Die nächsten Aufgaben kennzeichnete er mit folgenden Hauptpunkten:

1. Allmähliche steuerliche Entlastung.
2. Inangriffnahme und Durchführung eines einzigartigen Straßenbauplanes.
3. Förderung der sportlichen Veranstaltungen.

In letzter Stunde war der deutschen Automobilindustrie der Retter erstanden. Was kurz vor Beginn jener Ausstellung von 1933 noch Dunkel und Ungewißheit war, verwandelte sich in Zuversicht und in der Folge in immer begeisterteres Zupacken. Von da ab war die Motorisierung Deutschlands des Führers allerpersönlichstes Werk. Die Wende brach an auch auf diesem Gebiete. Fünf Jahre nationalsozialistischer Kraftfahrpolitik liegen jetzt hinter uns. Wir haben ein Wunder erlebt.

Der erste Punkt der Rede des Führers betraf die steuerliche Entlastung. Schon am 10. April 1933 wurden fabrikneue Wagen steuerfrei. Am 31. Mai 1933 folgte die Steuererleichterung für ältere Kraftfahrzeuge, und am 1. Juni 1933 wurden die Ersatzbeschaffungen für steuerfrei erklärt. Das war genau das Gegenteil von dem, was frühere Regierungen taten. Und der Erfolg: 1932 zählte die Automobilindustrie 82 000 Beschäftigte. Von 1934 ab wuchs die Zahl immer schneller. Heute sind es Hunderttausende, die in ihr und den mit ihr im Zusammenhang stehenden Betrieben Lohn und Brot finden. Aus Arbeitsmangel ist Arbeitermangel geworden. Statt 78 Millionen Mark Löhnen jährlich in den unmittelbar beteiligten Werken werden jetzt mehr als 300 Millionen bezahlt. Auf 100 Einwohner entfiel 1932 ein Kraftfahrzeug; heute entfällt eins auf je 28 Personen. Gerade das Jahr 1937 brachte eine neue Rekordproduktion. In ihm wurden 522 150 Kraftfahrzeuge auf den Markt gebracht. Das sind fünfmal soviel wie 1932, und dabei sind in dieser Zahl die Lieferungen an Wehrmacht, Reichspost und Reichsbahn sowie die sonstigen Behörden nicht etwa inbegriffen. Der Inlandsmarkt wurde wieder tragfähig gemacht. Das war aber auch eine Voraussetzung für die Wiederbelebung des Exports. 1928 noch führten wir für 80 Millionen Mark Kraft-

Italienische Landarbeiter kommen nach Sachsen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Februar.

Die italienischen Blätter teilen am Dienstag Einzelheiten über die Ausreise der italienischen Landarbeiter nach Deutschland mit. Danach sind die Vorbereitungen für die Entsendung jetzt nahezu abgeschlossen. Die Transporte nach dem Reich werden zwischen dem 15. März und dem 15. April vor sich gehen. Ihre letzten Anweisungen werden die Führer dieser Landarbeiter am 4. März in Rom erhalten. Die italienischen Arbeiter stammen aus 23 Provinzen, besonders zahlreich aus den landwirtschaftlichen Gegenden der Po-Ebene. Der größte Teil kommt nach Mitteldeutschland, auch nach Sachsen, kleinere Abteilungen nach Niedersachsen, Hessen und Süddeutschland. Die Organisation dieser Arbeiterausreise ist bis ins einzelne geregelt. Auch Arbeiterinnen werden unter den in Deutschland eintreffenden Italienern sein. Männer und Frauen werden eine einheitliche Uniform aus dunkelblauem Stoff bekommen. Entsprechende Vorkehrungen für die soziale und die kulturelle Betreuung dieser Landarbeiter und -arbeiterinnen in Deutschland sind inzwischen durch die Mithilfe der italienischen Konsulate und Fascios und der entsprechenden deutschen Stellen ebenfalls getroffen worden.

Oesterreichs Schutz gegen Ostjuden

Wien, 15. Februar.

Das in Vorbereitung befindliche neue Fremdengesetz, das dem deutschen Volk in Oesterreich endgültig Schutz vor dem Strom ostjüdischer Zuwanderung bringen soll, enthält, wie man aus Mitteilungen der „Reichspost" erfährt, weitergehende Bestimmungen als man ursprünglich angenommen hatte. Nicht nur alle neu einreisenden Ausländer, sondern auch alle bereits in Oesterreich lebenden Ausländer müssen in Zukunft um eine Aufenthaltsbewilligung nachsuchen; bei letzteren wird allerdings etappenweise vorgegangen: zunächst werden sich jene Fremden, die sich nach dem 1. Januar 1933 hier niederließen, bei den Behörden zu melden haben. Dann wird man Schritt um Schritt bis 1918 zurückgehen.